

Plattform Darstellende Künste
c/o Bundesverband Freier Theater e.V.
Mariannenplatz 2
10997 Berlin

1. Welchen Stellenwert hat Kulturpolitik in Ihrer Partei im Verhältnis zu anderen Politikbereichen? Woran ist dieser Stellenwert ablesbar? Inwieweit haben dabei in neueren Positionen und ggf. parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages (2007) einen Niederschlag gefunden, insbesondere im Hinblick auf die Darstellenden Künste?

Die Piratenpartei ist eine Kulturpartei und begreift jeden Menschen als kulturaktives Wesen. Der Ursprung der Piratenpartei liegt in einem kulturellen Interesse an allen medial verfügbaren künstlerischen Inhalten und deren Erhalt.

Jeder Mensch soll uneingeschränkt Zugang zu diesen Inhalten haben um sich bilden, erfreuen und inspirieren zu lassen. Diesen Stellenwert kann man aus der Entwicklung der Piratenpartei erkennen.

Die neueren Positionen der Enquete-Kommission spielen hierzu keine Rolle, da diese nicht ansatzweise den neuen Anforderungen an die für uns wichtigen digitalen Lebens- und Erfahrungsräume gerecht werden.

Hier gilt es, neue Wege zu gehen und vor allem zu begreifen, dass die bisher vorherrschenden föderalen Kulturhoheiten der Länder nicht nur der Entwicklung gemeinsamer Identitäten im Wege stehen, sondern auch dass der kulturelle Lebensraum keinerlei regionalen Bezüge mehr hat, außer der Individualität der Prosumenten, also Menschen, welche Kunst erzeugen und zudem auch nutzen.

Viele grundlegende Bekenntnisse in diesen Empfehlungen finden sich auch im Grundsatzprogramm der Piratenpartei, aber dieser Bericht ist jetzt über 5 Jahre alt und somit zum Großteil schon wieder obsolet.

2. Wie bewertet Ihre Partei die soziale Entwicklung bei den Freien Berufe insgesamt? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die soziale Absicherung von Freien Künstlerinnen und Künstlern im Falle von Krankheit, Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit oder nach dem Berufsleben (Rente) spürbar zu verbessern? Welchen Stellenwert nimmt dabei die Künstlersozialkasse in Ihren Überlegungen ein?

Die KSK hat den Wandel der Kulturwirtschaft nicht begriffen, denn die Diversifizierung zu immer kleineren, sich selbst organisierenden Kreativzellen braucht auch eine Umdeutung der Abgabepflicht. Hier müssen die Oligopole der Kreativwirtschaft weit stärker in die Pflicht genommen werden, als kleine Marktteilnehmer. Hier könnte die KSK eine Rolle in der Wettbewerbsregulierung spielen.

Die Nachweispflicht für Künstler ist teilweise nicht zu erfüllen. Die Abteilungen der KSK sind unterbesetzt und können eine zeitnahe Betreuung der Künstler nicht gewährleisten. Schätzungsbescheide der KSK sind nicht nachvollziehbar und bringen gerade kleinen, sich selbst vermarktenden Teilnehmern der Kreativwirtschaft existenzielle Gefahren. Die massiven Finanzprobleme werden durch intransparente Ablehnung und Verzögerungstaktik zum Nachteil der Künstler und überhöhten Schätzungen kompensiert.

Die Abgabepflicht ist in der Kreativbranche schwierig, denn viele Werke werden durch gemeinsames Schöpfen mehrerer Teilnehmer, Firmen und Kreativer erstellt. Künstler, die für Gesamtkunstwerke - z.B. Videogames, Filmemacher - produzieren, müssen dann für die jeweils von ihnen Beschäftigten KSK Beiträge bezahlen. Das bedeutet wieder klare Vorteile für die großen Marktteilnehmer der Kreativbranchen - hier ist die finanzielle Ausstattung ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Selbst vermarktende Künstler müssen letztendlich für selbst hergestellte und vertriebene Tonträger wiederum KSK Abgaben bezahlen.

Gerade in den Kreativbranchen sind Künstler saisonal immer wieder genötigt, Teile des Einkommens durch zusätzliche Jobs zu ergänzen. Wenn diese eine gewisse Höhe übersteigen, kündigt die KSK wieder.

Der Wiedereintritt in eine Krankenkasse als Privatperson ist dann finanziell kaum mehr zu meistern, zumal die Tarife für Freiberufler astronomisch hoch sind. Wer aus Krankheitsgründen oder sonstigen Gründen unter das Minimum fällt, wird dann wieder aus der KSK ausgeschlossen.

Eine deutliche Erhöhung des Bundeszuschusses mit entsprechenden Neuregelungen in der KSK ist eine echte Kreativförderung, welche sich auf breiter Basis niederschlägt und den modernen auch digitalen Lebensräumen von Kreativen Rechnung trägt.

Hier unterstützt die Piratenpartei aus ihrem Grundgedanken der Teilhabe jedwede Verbesserung.

Darüber hinaus strebt die Piratenpartei eine vollständige Neuordnung des Rentensystems an. Alle bestehenden Rentensysteme, berufsständischen Versorgungssysteme und Pensionen im öffentlichen Dienst werden zu einer Rentenkasse zusammengeführt. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein.

Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, sodass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Die Rentenbezüge bewegen sich in einem Korridor von Mindest- bis Maximalrente. Die Renten werden jährlich um einen Faktor, der die Inflationsrate berücksichtigt, angepasst. Dieser Faktor berücksichtigt außerdem die Änderung weiterer Kosten, wie zum Beispiel Gesundheitskosten.

Damit verbessert sich auch insbesondere die Situation der Freien Berufe und der Künstlerinnen und Künstler stark.

3. Wie beurteilt Ihre Partei die Veränderung der Besteuerungsgrundlagen freier Kulturberufe / Künstler? Was wollen Sie unternehmen, damit die freien Kulturberufe I Künstler trotz der Anwendung unbestimmter Rechtsbegriffe zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bundeseinheitlich nach den gleichen Kriterien besteuert werden? Gibt es ihrerseits Bestrebungen, die steuerliche Begünstigung der Künste in Deutschland zu sichern? Welchen Künstlerbegriff legen Sie dabei gegebenenfalls zugrunde?

Viele Künstler arbeiten nicht ausschließlich künstlerisch/freiberuflich nach der derzeitigen Steuergesetzgebung und schreiben ihre Rechnungen entweder mit 7% für eine künstlerische

Dienstleistung oder mit 19% für eine Dienstleistung im künstlerischen Bereich, sofern die Rechnung nicht gemäß § 19 UStG ohnehin ohne Umsatzsteuer gestellt wird.

Das führt im buchhalterischen Alltag eines Künstlers oft zu Unsicherheiten und im Zweifel zu Auseinandersetzungen mit dem Finanzamt. Hier gilt es Klarheit zu schaffen, deswegen fordern wir eine generelle Umsatzsteuerbefreiung für unmittelbar an künstlerischen Werken beteiligte Mitarbeiter, sofern sie freiberuflich tätig sind. Kulturschaffende, welchen ihren Lebensunterhalt mit kreativer und artbezogener technischer Arbeit bestreiten, sind für die Piraten Künstler.

Kaum ein Kreativschaffender kann heutzutage sich ausschließlich über seine unmittelbare kreative Tätigkeit finanzieren, dem muss Rechnung getragen werden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die beschriebene kulturelle Basisarbeit in den Darstellenden Künsten von Seiten des Bundes zu unterstützen? Wollen Sie im Besonderen die künstlerische Arbeit kultureller Minderheiten, Volksgruppen oder die Pflege von Mundarten und Minderheiten-Sprachen durch Förderprogramme unterstützen?

Die Piratenpartei steht grundsätzlich für eine breite und wie im Grundsatzprogramm dargestellt, polyzentrische Förderung aller Kulturformen ohne von Staats wegen den Menschen vorgeben zu wollen, was diese als Kultur nun zu empfinden haben oder nicht. Der zur Zeit vorherrschenden Praxis der Förderung von "Leuchtturmprojekten" muss ganz klar die Forderung nach einer breiten Förderung aller Kulturformen in vielen Projekten entgegengestellt werden.

Die jetzige Förderung des Bundes darf man getrost als Witz bezeichnen. Da es nun keine bundesweit einheitliche Aufgabenstellung für eine ebensolche Förderung gibt, ist es sehr schwierig hier politische Hebel in Bewegung zu setzen.

Deswegen gilt es hier erst einmal Transparenz in die bereits vorhandenen kulturpolitischen Maßnahmen in der Kinder- und Jugendpolitik zu bringen um erkennen zu können, wo welcher Bedarf herrscht.

Zur Zeit gibt es 21 Förderprogramme welche oft in nicht nachvollziehbarer Weise Fördermittel an Verbände insbesondere kirchlicher Organisationen oder Gewerkschaften ausschütten. Unabhängige Jugendprojekte haben nahezu keine Chance an diesen Fördergeldern zu partizipieren. Hier gilt es Möglichkeiten zu schaffen bevorzugt viele kleine Projekte zu fördern anstatt vereinzelt große Aktionen. 21 Förderprogramme verteilt auf die Bundesrepublik erscheinen da eher wie eine Rechtfertigung denn eine plan.- und sinnvollen Förderung.

5. Wo sehen Sie in der Kulturpolitik Ihrer Partei Ansätze für die Verbindung von Politikfeldern der Kultur, des Sozialen, der Wirtschaft und Infrastruktur? Wollen Sie ressortübergreifende Programme zur Unterstützung der kulturellen Infrastrukturen in den Kommunen und im ländlichen Raum entwickeln? Welche Bedeutung haben dabei Ihrer Ansicht nach der Einsatz von Mitteln der Struktur- oder der Beschäftigungsförderung?

Hier gilt es zuerst Transparenz in die gängige Praxis zu bringen. Grundsätzlich sollten die Budgets nicht mit hanebüchenen Begründungen für kulturfremde Zwecke missbraucht werden. Oft werden zum Beispiel Kulturetats für Fremdenverkehrsprojekte zweckentfremdet. Es sollten klare Verhältnisse geschaffen und Kultur um Ihrer selbst Willen gefördert werden. Bei einem Einsatz von letztenendes zweckfremden Budgets aus der Struktur oder Beschäftigungsförderung werden wieder politische Forderungen angeknüpft, welche dort nichts zu suchen haben.

Um dies auszugleichen, müssen die Kulturförderungsbudgets entsprechend ausgestattet sein und deren Verteilung transparent und demokratisch erfolgen.

6. Sehen Sie die Notwendigkeit, die Finanzausstattung der Kommunen so zu stärken, dass die Kulturförderung vor Ort gesichert werden kann?'

Wir sehen die Notwendigkeit überhaupt erst einmal an vielen kommunalen Stätten Kulturförderung zu initiieren oder zu erhalten.

Die Kommunen sind hoffnungslos verschuldet und sparen immer zuerst an der Jugendarbeit und der Kultur. Kultur muss als Identifikationsmerkmal einer Gesellschaft derart übergeordnet gefördert werden, dass die eigenständige Gewichtung durch die Kommunen dem gegenüber verantwortet werden muss.

Die Piratenpartei steht für eine Förderung vieler kleinerer eigenständiger Projekte anstelle von "Leuchtturmprojekten", welche eher der Profilierung Einzelner dienen anstatt Kultur vielen Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.

7. Wie wollen Sie mehr Kontinuität für die künstlerische Arbeitsprozesse und die Bildung freier Ensemble schaffen? Welche Strukturen wollen Sie fördern, die insbesondere Künstler stärken, welche bereits erfolgreich in den Kunstbereich gestartet sind, sich jedoch noch nicht etabliert haben?

Die Piratenpartei setzt sich für ein Bedingungsloses Grundeinkommen ein, das die Existenz aller Menschen in Deutschland sichert, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Ein solches verbessert die Lage freier Künstlerinnen und Künstler substantiell, und begünstigt damit die Kontinuität künstlerischer Arbeitsprozesse und die Bildung freier und tatsächlich unabhängiger Ensembles. Zur strukturellen Förderung im Kunstbereich hat der Parteitag noch keine Beschlüsse gefasst.

8. Welches Verständnis von Projektförderung sollte nach Ansicht Ihrer Partei der Förderpolitik des Bundes zugrunde liegen? Ist die in letzter Zeit immer häufiger erhobene Forderung, eine durch die öffentliche Hand ausgereichte Zuwendung an künstlerische Vorhaben müsse in ihrer Höhe daran bemessen werden, dass die Vorhabenträger soziale Mindeststandards einhalten können, berechtigt? Wie könnte das für die Ebene des Bundes umgesetzt werden?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

9. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die wichtigsten Förderinstrumente des Bundes für die Freien Darstellenden Künste, die Fonds, welche ihre Mittel von der Kulturstiftung des Bundes erhalten (v.a. Fonds Darstellende Künste, auch Fonds Soziokultur), finanziell deutlich besser auszustatten, damit sie den genannten Kriterien einer auskömmlichen Projektfinanzierung entsprechen können und zugleich differenzierte Förderinstrumente (etwa mehrjährige Förderungen) ausbauen können?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

10. ist es Ihrer Ansicht nach erstrebenswert, dass die Förderinstrumente des Bundes für Darstellende Künste sowohl mit denen der Länder und Kommunen als auch mit den künstlerischen Arbeitsphasen korrespondieren wie es etwa in der Musik und im Film der Fall ist? Muss der Bund angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Förderer Freier Darstellender Künste auch das Verhältnis der Fördervolumina zu anderen Künsten neu justieren? Welche neuen Instrumente würden Sie hier gegebenenfalls prioritär sehen?'

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

11. Welche Impulse wollen Sie im Bereich der künstlerischen Ausbildung setzen, um besser auf die wirtschaftlichen und unternehmerischen Aspekte des künstlerischen Alltags vorzubereiten? Wie können aus Ihrer Sicht Programme des lebenslangen Lernens entwickelt werden, welche Künstler in ihrer beruflichen Entwicklung durch Beratung, Information und Bildungsangebote unterstützen?

Im Zuge des Lebenslangen Lernens muss das Bildungssystem offen sein für den Erwerb neuer Kompetenzen und Fähigkeiten für alle Altersgruppen. Dabei sollte sich das Weiterbildungsangebot nicht primär an der besseren Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausrichten, sondern vor allem an den individuellen Bedürfnissen. Die Piratenpartei sieht daher die Pflicht, lebenslanges Lernen zu fördern: durch die Bereitstellung kostenfrei zugänglicher Lehrangebote, Lehrmaterials und der Möglichkeit, individuelles Coaching in Anspruch zu nehmen. Prüfungen und Kurse müssen sich flexibel an individuelle Lebensumstände anpassen, um mehr Menschen die Nutzung von Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen.

Die Piratenpartei setzt sich weiterhin dafür ein, die BAföG-Leistungen durch ein Bildungsgrundeinkommen zu ersetzen. Dieses Bildungsgrundeinkommen sichert das Einkommen derer, die eine Ausbildung, ein Studium oder eine Fortbildung absolvieren, aber keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.

12. Welche Bedeutung misst Ihre Partei der fachlichen Zusammenarbeit von Künstlerverbänden mit dem Bund bei? Wie soll die Entwicklung professioneller Strukturen in den Künstlerverbänden der Darstellenden Künste gefördert werden?

Eine intensive Kommunikation zwischen den gesellschaftlichen Akteuren ist in allen Politikfeldern die Voraussetzung dafür, dass tatsächlich gute und für alle sinnvolle Lösungen gefunden werden. Dies gilt selbstverständlich auch im Bereich der Kunstförderung und in Hinblick auf einen engen Dialog mit den Künstlerverbänden.

13. Sehen Sie es als nationale Aufgabe, die Zeugnisse künstlerischer Arbeit in Tanz und Theater zu erhalten, die Strukturen hierzu zu stärken und die vielfältigen Materialien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen? Welchen Bedarf sehen Sie bei weiteren Änderungen des Urheberrechts und nationalen Digitalisierungsprogrammen?

Die maßgeblich durch öffentliche Gelder geförderten Kulturerlebnisse Theater, Tanz, Oper und Konzert haben für die Piratenpartei auch als medial aufbereitete und archivierte Zeugnisse kultureller Geschichte noch einen großen Wert. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für die umfassende Aufzeichnung und unbeschränkte digitale Verfügbarmachung dieser Zeugnisse ein. Gerade die Archivdokumente dürfen der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Wir unterstützen und fördern nationale und europäische Digitalisierungsprogramme wie beispielsweise die

Europeana, die ihre Digitalisate und Derivate unter Creative Commons Lizenz stellen, da durch diese Lizenz die Nutzungsregelungen für Nach- und Weiternutzer klar geregelt ist - im Sinne der Urheber und im Sinne der Nutzer*innen. Wir wollen des weiteren die Rechte der Urheber*innen gegenüber den Verwertern stärken. Im Fall von institutionalisiertem Theater sind das die Rechte der Künstler*innen gegenüber den Theaterinstitutionen und den Theaterverlagen. Die oft horrenden Summen, die bei Aufzeichnung oder Onlineverbreitung von Inszenierungen an die Theaterverlage gezahlt werden müssen, sieht die Piratenpartei als anachronistisch und inakzeptabel an. Als gesellschaftlich relevante Institution muss es Theatern gestattet sein, auch im digitalen Diskurs mit den künstlerischen Erarbeitungen vorzukommen.

14. Wie bewerten Sie die Bedeutung marktorientierter Kultur für die Entwicklung der Kultur in Deutschland? Sehen Sie eine Wechselwirkung der Kulturwirtschaft mit den anderen Sektoren, insbesondere in Hinblick auf den öffentlichen Kulturauftrag? Auf welche Weise sollten aus Ihrer Sicht Kultur- und Wirtschaftsförderung ineinander greifen, damit sich die Kulturlandschaft insgesamt optimal entwickeln kann? Was sind aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die wichtigsten Erkenntnisse / Ergebnisse der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

15. Welche Bedeutung misst Ihre Partei nationalen Plattformen (Festivals I Messen) der Darstellenden Künste generell zu? Ist es aus Ihrer Sicht wünschenswert, dass die Bundesregierung solche zentralen Veranstaltungsformate stärker als bislang unterstützt? Was wollen Sie gegebenenfalls konkret unternehmen, um dies umzusetzen? Welche Beispiele halten Sie für nachahmenswert oder ausbaufähig?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

16. Sehen Sie die Notwendigkeit einer Exportförderung auch für die Darstellenden Künste, wie sie im Bereich der Musik oder des Designs bereits erfolgreich praktiziert wird?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.

17. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft in Europa die Darstellenden Künste einen wesentlichen Beitrag zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und damit zur europäischen Integration leisten können?

Die Darstellenden Künste tragen maßgeblich zur Kulturellen Vielfalt, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur europäischen Integration bei. Kulturelle Vielfalt und eine starke europäische Zivilgesellschaft sind der Piratenpartei ein ganz besonderes Anliegen. Eine Gesellschaft wird immer nur so stark sein, wie ihre kulturelle Entwicklung es zulässt.

Als Neuling im Deutschen Bundestag ist die Piratenpartei auf einen intensiven Dialog mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren angewiesen, um geeignete Maßnahmen zu identifizieren, die eine Stärkung dieser Bereiche in der Zukunft sicherstellen.

18. Wie stehen Sie zur Zusicherung einer nationalen Komplementärfinanzierung für erfolgreich beantragte EU-Projekte, wie dies in anderen Ländern praktiziert wird?

Dazu hat die Piratenpartei noch keine Beschlüsse gefasst.